

4. April 1958, vor 60 Jahren begann der erste Ostermarsch der Kernwaffengegner zum Forschungszentrum Aldermaston in Großbritannien.

6. April 1878, vor 140 Jahren wurde Erich Mühsam geboren (gest. 10. Juli 1934).

12. April 1848, vor 170 Jahren Republikanischer Aufstand in Baden, Franz Karl Hecker rief in Konstanz die Republik aus.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

4. Ausgabe / 28. Jahrgang

10. April 2018

In Berlin und (H)alle dabei – Der Islam steckt schon im Kaffee

Der Wecker klingelt. Horst schlägt die Augen auf, gähnt, setzt sich auf und streckt sich. Er wackelt noch kurz mit den Zehen, steht dann endlich auf und geht ins Bad. Horst putzt sich die Zähne und macht sich für seinen Job als Direktor eines Heimatmuseums bereit. Dann schaltet er das Radio ein. Marschmusik spielt. Die liebte ja so. Am Frühstückstisch gießt er sich eine große Tasse Kaffee ein, setzt sich die Brille auf die Nase und schlägt die Zeitung auf. Dort prangt in großen Lettern Der Islam gehört zu Deutschland. Entsetzt lässt Horst die Tasse fallen, die er gerade zum Mund führen wollte. Sie fällt scheppernd zu Boden und die schwarze, dampfende Flüssigkeit strömt über die Fliesen. Wut steigt in ihm auf. Er sieht sein christliches Abendland bedroht. Der Islam gehört zu Deutschland? Nein, tut er nicht, brummt er. Unruhig stapft er durch die Wohnung und lässt sich schließlich schwer atmend auf dem Sofa nieder.

Was Horst nicht weiß, ist, dass der Islam schon längst in seinem Leben angekommen ist. Er sitzt direkt in seinem Haus, am Küchentisch, im Wohnzimmer und im Bad. Die Zahnbürste, die er verwendet hat, ist nicht made in Germany, sondern eine islamische Erfindung. Muslime achten nämlich sehr auf die Hygiene. Der Urdeutsche nahm das damals eher nicht so genau. Aber dabei bleibt es nicht. Der Kaffee hat sich mit dem Islam verschworen. Das Getränk stammt ursprünglich aus Äthiopien und kam über die arabische Halbinsel nach Europa.

Oh je, der arme Horst. Was wird er wohl sagen, wenn er erfährt, dass seine Brille, die er zum Lesen braucht, von einem islamischen Gelehrten erfunden wurde

oder, dass das weiße, süße Würfelchen in seinem Kaffee und das Möbelstück in seinem Wohnzimmer arabische Namen haben – Zucker und Sofa? Auch sein Winterschal und der Koffer, den er für die Reisen braucht, sind in ihren Namen arabischen Ursprungs. Horst verzweifelt. Er blickt zur religiösen Miniaturdarstellung des gekreuzigten Juden aus Israel, dem Gründer seines Glaubens, schluckt, richtet sich auf und denkt sich, dass doch wenigstens die deutsche Sprache frei von Islamisierung ist. Nicht ganz. Die Schrift besteht aus lateinischen Buchstaben, ein Exportschlager der alten Römer – ebenfalls keine Urdeutschen. Die Zahlen sind arabisch. Und das Papier, auf dem Horsts Zeitung gedruckt wurde, übernahmen die AraberInnen von den ChinesInnen und ersetzten damit den Papyrus. Aber wenigstens die gute alte Marschmusik muss doch noch urdeutsch sein, oder? Nein, lieber Horst, auch die nicht ... – Marschkapellen erfanden die OsmanInnen.

Der Islam hat die europäische Kultur geprägt und mitgestaltet. Wissenschaft, Medizin und Kunst profitierten von dem Wissen und den Fähigkeiten islamischer Gelehrter. In Europa trafen von je her verschiedenste Religionen und Kulturen aufeinander. Sie lernten voneinander und übernahmen Traditionen und Wissen. Das spiegelt sich bis heute in unserem Alltag und in unserer Sprache wieder. So konnten wir uns zu jenen EuropäerInnen entwickeln, die wir heute sind. So wie der Islam die europäische Kultur prägte, so taten es auch das Christentum oder andere – durch Gewalt und Missionierung, aber auch durch Toleranz und Gastfreundschaft. Fortsetzung auf Seite -2-

In Berlin und Halle dabei... Fortsetzung von Seite -1-

Das ist etwas, was Horst noch begreifen muss. Gewalt ist zu verurteilen und zu unterbinden, egal von welcher Seite. Doch ein friedliches und ein sich gegenseitig förderndes Zusammenleben entstehen nur über Toleranz gegenüber jenen, die uns auch freundlich gesinnt sind. Übrigens sogar die Gastfreundschaft ist etwas, von der durchaus die eine oder der andere noch etwas von der islamischen Kultur lernen kann.

Eine gute Gelegenheit, sich mit anderen Kulturen auszutauschen, Vorurteile und Missverständnisse abzubauen, ist der Besuch einer solchen. In Halle-Neustadt gibt es eine islamische Gemeinde. Das Kulturcenter arbeitet eng mit Bildungsträgern, sozialen Einrichtungen und Netzwerken zusammen. Sie nimmt regelmäßig an der Interkulturellen Woche teil, bietet Tandemsprachkurse und öffnet jährlich am 3. Oktober die Pforten für Besucherinnen und Besucher. Die Gemeinde öffnet sich nach außen, um über ihre Kultur und ihren Glauben aufzuklären – ohne jemanden ihren Glauben aufzuzwingen. Sie steht für Toleranz und Courage ein.

Leider gibt es auch in Halle Menschen wie Horst, die sich einem offenen Dialog verweigern und ihrem Unmut, ihrem Unwissen und ihrer Intoleranz sogar ge-

walttätigen Ausdruck verleihen, wenn die Musliminnen und Muslime zum Gebet zusammenkommen. Da die Räumlichkeiten des Kulturcenters zu klein sind, können nicht alle Gläubigen an den Gebeten teilnehmen und müssen im Freien ihre Gebete verrichten. Dass ihre religiöse Praxis auf andere Menschen befremdlich wirken und es bei einer größeren und meist friedlichen Menschenansammlung auch einmal lauter werden kann, ist verständlich. Aber anstatt mit Ablehnung zu reagieren, hilft Aufklärung. Keine Sorge – kein Mensch wird Muslim, nur weil er einen anderen Muslim beten sieht. Statt sich anzufeinden, wäre es besser, Hilfe und Unterstützung zu leisten – zum Beispiel bei der Suche nach größeren Räumlichkeiten. Damit kann dann auch wieder Ruhe einkehren. Ob Horst das begreift? Vielleicht denkt er noch einmal an die Ursprünge seines Glaubens zurück. Denn auch die Christinnen und Christen waren anfangs nicht gewollt. Sie wurden gehasst und vertrieben. Doch mit der Zeit integrierten sie sich.

Und wie war das mit der Nächstenliebe, lieber Horst? Lies doch noch einmal nach, dann wird es auch was mit dem Abendland.

Dr. Petra Sitte

Liebe kommunalpolitisch Interessierte,

wir führen in den kommenden Monaten 3 Seminare mit dem Thema Kommunikationstraining durch. Mit dem Angebot wollen wir angehende Kommunalpolitiker*innen, aber auch erfahrene Mandatsträger*innen unterstützen.

Termine:

28. April 2018, Magdeburg, Ebendorfer Straße 4

26. Mai 2018, Halle, Leitergasse 4

02. Juni 2018, Halle, Leitergasse 4.

Die Seminare finden jeweils von 10:00 Uhr bis ca. 16:00 Uhr statt.

Wir bitten um Voranmeldung per E-Mail info@kf-st.de. Die Weiterverbreitung des Angebotes wird ausdrücklich erbeten.

Mit besten Grüßen



kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.

Vorschau Mai:

Senioren-Café am 30.05. ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Al Andalus - ein goldenes Zeitalter“

Gen. Kamuf schildert Urlaubseindrücke aus Andalusien (Video - Vortrag)

Aus der Stadtratssitzung vom 28.März 2018

Was wird aus den Garagen in Halle-Neustadt? Zwei Vertreter der Garagengemeinschaften in der Lilienstraße bzw. der Garagengemeinschaft an der Soltauer Straße fragten die Stadtverwaltung danach in der Bürgerfragestunde des Stadtrates. Hintergrund der Frage ist die Sorge nach der Zukunft der Garagen, weil im Jahre 2019 der Pachtvertrag mit der Stadt Halle(Saale) für die Garagen ausläuft.

Die Verwaltung sagt beiden Vertretern ein gemeinsames Gespräch zu und- wenn man der Presse glauben darf- nun ist auch bekannt geworden, dass die Stadt Halle den Pächtern nicht kündigen möchte.

Von der Tagesordnung werden eine Reihe von Vorlagen und Anträgen genommen, da es noch Beratungsbedarf in den Fachausschüssen gibt.

Im Bericht des Oberbürgermeisters verweist er u.a. auf die Olympiaerfolge von Thorsten Margis- unserem halleschen Sportler. Er berichtet weiter, dass am 8.Juni die Wilde Saale für Paddler freigegeben werden soll und er berichtet, dass die Bauarbeiten am Riebeckplatz (Wohnhaus der HWG und Hotel) im „Plan“ seien.

Beschlossen wurde im Stadtrat, dass die Sanierung des Gesamtkomplexes des neuen städtischen Gymnasiums weitergeht. Die Sanierung ist dringend notwendig, weil stetig die Anmeldungen der Schüler steigen.

Beschlossen wurde ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zum Fanprojekt. Das Projekt wurde im vergangenen Jahr eingestellt, weil der Deutsche Fußballbund seine finanzielle Förderung zurückzog. Das war wiederum eine Reaktion auf den Umstand, dass der bis dato für das Projekt sehr engagierte Sozialarbeiter von der Stadt Halle (Saale) auf eine andere Stelle innerhalb der Verwaltung umgesetzt wurde. In der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) wird unter dem Abschnitt Streetwork die Arbeit mit der Fußballfanszene als zahlenmäßig bedeutendste Jugendsubkultur als Erfordernis begründet. Mit dem jetzt beschlossenen Antrag wurde die Verwaltung beauftragt, mit potentiellen Trägern der freien Jugendhilfe Gespräche

zu führen, um einen „Nachfolger“ für das Projekt zu finden.

Ein gemeinsamer Prüfantrag unserer Fraktion und der SPD-Fraktion zur Prüfung einer Städtepartnerschaft mit Israel wurde beschlossen. Das Ergebnis der Prüfung soll zur Stadtratssitzung am 27.Juni vorgelegt werden.

Unser Antrag, der Stadtrat solle sich konstruktiv dafür einsetzen, dass die Einrichtung von Stadtteilräten in Halle möglich gemacht wird, wurde von der Mehrheit des Stadtrates als erledigt betrachtet, weil die Landesregierung schon auf dem Weg dahin wäre und die erforderlichen Voraussetzungen bereits vorhanden wären....

Auch wenn die Sitzung des Stadtrates von der Zeit deutlich kürzer war als die Sitzung im Februar, fehlte es nicht an der Brisanz!

Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag zur KITA-Versorgung von Kindern mit fremdsprachlichem Hintergrund eingebracht. Der Antrag wurde schließlich in eine Anregung verwandelt. Herr Raue (Stadtrat der AFD) sorgte dennoch für einen Affront. Er forderte den Rat auf, die „Bevorteilung von Migranten zu beenden“ und meinte, dass „die Mehrheit der Hallenser keine Geflüchteten in der Stadt haben wollte“ und dass die Stadt Geld somit verschleudern würde! Es folgten Buh-Rufe aus dem Stadtrat in Richtung Herrn Raue und es folgten klare Worte, die deutlich machten, was von dieser Meinung gehalten wird.

Ute Haupt



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
06.04.2018
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.05.2018



Gemeinsam mit der Genossin Ute Haupt, die die gedenkenden Worte sprach, ehrten wir die Märzgefallenen der Jahre 1920/1921.

100 Jahre Frauenwahlrecht – Grund zum Feiern, Kritisieren, Weiterkämpfen!

Frauen. Wahl. Recht.

Ein Wort, das sich aus drei Begriffen zusammensetzt. Allein diese einzelnen Begriffe führen zur Sprachlosigkeit, wenn man bedenkt, dass wir in diesem Jahr tatsächlich erst den 100. Geburtstag dieses doch so selbstverständlich anmutenden Rechtes. Warum macht es mich (fast) sprachlos? Frauen stellen die Hälfte der Wahlbevölkerung dar. Wahlen, egal auf welcher Ebene, haben Auswirkungen auf alle Menschen: Frauen und Männer. Recht ist etwas, das dem Grundsatz nach kein Geschlecht kennt. Nicht umsonst trägt Justitia eine Augenbinde. Denn alle Menschen sind vor dem Gesetz/ dem Recht gleich. Und doch gab es eine Zeit, in der es selbstverständlich war, dass nur Männer entscheiden dürfen. Dass nur Männer wählen gehen dürfen. Dass Männer deutlich mehr Macht als Frauen hatten. Eine eklatante Ungerechtigkeit, gegen die sich viele Frauen zu Recht aufbegehrt haben. Es waren mutige Frauen, die sich ihre Rechte und die Rechte kommender Frauengenerationen hart erkämpft haben. Frauen, die zunächst belächelt, beschimpft, gar bekämpft wurden, die aber in ihrer gemeinsamen Stärke dann doch erfolgreich und das Frauenwahlrecht erstritten haben. Sie riefen laut und auf allen

Straßen und Plätzen hörbar:

„Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

Noch heute gilt unser DANK diesen Frauen für ihre Haltung, ihren Mut und ihre Ausdauer. Ich ahne, dass es für Mädchen der jetzigen Generation unvorstellbar ist, dass einst eine solche eklatante Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen bestand. Genau deshalb ist es auch so wichtig, an dieses historische Ereignis zu erinnern.

Schauen wir uns den Landtag von Sachsen-Anhalt an: Von 87 Mitgliedern des Parlaments sind gerade mal 19 weiblich. Das entspricht einem Anteil von knapp 22%. Ein gleichstellungspolitischer Tiefpunkt in der Geschichte unseres Parlaments. Ein Grund, warum sich DIE LINKE für ein Paritégesetz einsetzt. Gleichstellung von Mann und Frau bedeutet eine paritätische Besetzung aller Gremien und eben auch aller Parlamente.

Wer von euch auf das Ereignis „100 Jahre Frauenwahlrecht“ mit einer Veranstaltung aufmerksam machen möchte und unsere Unterstützung wünscht, meldet sich bitte bei unserer Landtagsfraktion oder direkt bei mir.

Eure Eva von Angern

Gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion

„kosten-“ freier ÖPNV

Zur letzten Landtagssitzung beantragte die Fraktion DIE LINKE die Erarbeitung eines konkreten Maßnahmenplans für einen fahrschein- („kosten-“) freien ÖPNV. Das bedeutet mehr als den Ausbau von Eisen- und Straßenbahnen. Falls der Bund tatsächlich an Modellversuchen festhält, soll auch Sachsen-Anhalt berücksichtigt werden.

Uns fehlt saubere Luft und Platz in den Städten. Da helfen keine E-Autos und mehr Ladesäulen. Es fehlt eine garantierte Mobilität für alle Menschen in Stadt und Land und das rund um die Uhr.

Die GroKo möchte das Problem auf Kommunen und Verkehrsteilnehmer abwälzen; sie will die heilige Automobilindustrie aus der Pflicht entlassen, auf eigene Kosten nachzubessern. Laut Umweltbundesamt verursachen moderne Dieselfahrzeuge zwar weniger CO₂, aber einen höheren Stickoxidausstoß. Für uns LINKE gilt: Die Verursacher der Gesundheitsgefährdung und nicht die Opfer müssen die Kosten tragen. Über Jahrzehnte erfolge Stadtplanung aus der Autofahrerwindschutzscheibenperspektive. Heute sind wir klüger, das beginnt bei der Vermeidung von Verkehr- dem Gegenteil von Verboten. Wie gelingt es, die Notwendigkeit von Fahrten mit dem privaten Pkw zu ändern? Die Kommunen erwarten bei einem ÖPNV zum Nulltarif Zuwächse bei den Fahrgast-

zahlen von bis zu 40 %. Daher ist über mehrere Jahre im Voraus und auch über ein stufenweises Vorgehen nachzudenken. DIE LINKE im Bund hat hierzu bereits einen Dreistufenplan vorgelegt.

Diesel war ursprünglich als Treibstoff großer Nutzfahrzeuge subventioniert. Vorrangig deutsche Hersteller machten ihn für den Individualverkehr attraktiv. 8 Mrd. Euro werden jährlich für Diesel und 4 Mrd. Euro für das Dienstwagenprivileg aufgewendet. Beides ergab in der Vergangenheit eine Verkaufsförderung für die Autoindustrie, die sich dafür mit Abschalt-einrichtungen revanchierte.

Wenn wir das Verursacherprinzip anwenden, ist eine Kostenbeteiligung der Hersteller das Mindeste. Bei geschätzt 5 Mio. verkauften Diesel-PKW eine Geldstrafe zu verhängen brächte nach bis zu 25 Mrd. Euro ein. Berechnungen für den fahrscheinlosen ÖPNV gehen von einem Mehrbedarf in Höhe von jährlich 12 - 18 Mrd. Euro aus. Das sollte machbar sein, sofern der politische Wille gegeben ist. Saldiert würden die Kosten mit Einsparungen bei Gesundheit und Kostensenkungen bei Straßenbau und Unterhaltung, bei Parkflächen, beim Lärm- und Klimaschutz. Es gäbe weniger Verunfallte und Schäden. Nebenbei beleben wir unsere Innenstädte, weil Parkkosten und -Zeiten an Bedeutung verlieren.

Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften

Zur Landtagssitzung am 8. März 2018 legte die Fraktion DIE LINKE einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften vor. Die darin verfolgten Ziele heißen mehr Transparenz im Verwaltungshandeln, eine stärkere Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in öffentliche Entscheidungsprozesse und Verbesserung des Dreiecksverhältnisses von Verwaltung, kommunaler Vertretung und Einwohnerschaft. Die Änderungsvorschläge beziehen sich wesentlich auf das Kommunalverfassungsgesetz, umfassen aber auch redaktionelle Änderungen im Kommunalwahlgesetz und in der Kommunalwahlordnung. Weitere Veränderungen werden auch für das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit vorgeschlagen.

So soll der Zugang zu direkter Demokratie erleichtert und mehr Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht werden. Zugleich sollen die Kompetenzen kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gestärkt und ihre Rechte erweitert werden. Den Kommunen sollen dabei auch neue Aufgaben zur Erfüllung in eigener Verantwortung zugewiesen und die daraus resultierenden Mehraufwendungen im Rahmen der Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) erstattet werden.

Hier in Kürze die wesentlichen Änderungsvorschläge der Fraktion DIE LINKE:

Der Text bekannt gemachter Satzungen und die Geschäftsordnungen der Vertretungen sollen zukünftig auch über das Internet zugänglich gemacht werden.

Wer das 14. Lebensjahr vollendet hat, soll zukünftig zu den Kommunalwahlen wahlberechtigt sein und damit neben dem Einwohnerantrag auch ein Bürgerbegehren beantragen und sich an einem Bürgerentscheid beteiligen können.

Das Petitionsrecht soll Eingang in die Vorschriften des Kommunalverfassungsgesetzes finden.

Zulässigkeit von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auch in Ortschaften.

Beratung der plebiszitären Elemente in öffentlicher Sitzung und Anhörung der Vertretungsberechtigten.

Absenkung der notwendigen Quoren.

Die kostenfreie Beratung des Landesverwaltungsamtes zu den formalen Voraussetzungen eines Einwohnerantrages und eines Bürgerbegehrens soll die Anwendung des Einwohnerantrages und des Bürgerbegehrens erleichtern und eine neutrale Beratung sicherstellen. Das Land hat für die finanzielle Sicherstellung dieser Aufgabe zu sorgen.

Dem Bürgerentscheid soll ein Mediationsverfahren vorgeschaltet sein. Zukünftig soll der Hauptverwaltungsbeamte mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens ins Gespräch kommen und nach einer einvernehmlichen Lösung suchen. Zukünftig sollen 20 v. H. der Mitglieder der Vertretung den Bürgern im Rahmen des Bürgerentscheids zusätzlich zum gleichen thematischen Gegenstand einen Alternativvorschlag zur Abstimmung vorlegen können.

Der Hauptverwaltungsbeamte soll verpflichtet werden Einwohnerversammlungen auf Beschluss der Vertretung und auf Antrag der Einwohner durchzuführen und zugleich zu gewährleisten, dass über den Inhalt und die Ergebnisse eine Niederschrift gefertigt wird. In allen Einwohnerbeteiligungsverfahren ist ferner die Verwendung einfacher Sprache anzustreben.

Ausweitung der Einwohnerfragestunde auf alle Ausschüsse.

Sofern der Hauptverwaltungsbeamte Anfragen nicht unverzüglich mündlich beantworten kann, soll er zukünftig die Auskunft binnen einer gesetzlichen Frist erteilen, die grundsätzlich vier Wochen beträgt.

Gemäß § 28 Abs. 4 sollen zukünftig „Sachverständige und Einwohner, die von dem Gegenstand der Beratung betroffen sind“, auf Beschluss der Vertretung die Möglichkeit erhalten, in der Sitzung angehört zu werden.

Festgeschrieben werden soll die Gewährleistung einer angemessenen sächlichen und personellen Ausstat-

tung der Fraktionen.

Förderung der Bildung von Beiräten und die stärkere Einbeziehung in kommunale Entscheidungen durch Rede- und Antragsrecht.

Zur Vertretung der Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen, von Behinderten und Älteren sowie von Zuwanderern sollen in den Landkreisen und kreisfreien Städten hauptamtliche Beauftragte bestellt werden. Dort soll zugleich ein hauptamtlicher Bürgerbeteiligungsbeauftragter die gesellschaftliche Teilhabe fördern und sich um Anliegen von Bürgern und Einwohnern kümmern.

Stärkung von Kinder- und Jugendrechten und Schaffung entsprechender Vertretungen.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sollen die Gemeinden und Städte selbst darüber entscheiden, ob in ihren Ortschaften mit weniger als 300 Einwohnern ein Ortschaftsrat oder ein Ortsvorsteher gewählt wird.

Schaffung der Möglichkeit in kreisfreien Städten Stadtbezirke zu bilden und Stadtbezirksräte zu wählen.

Vetorecht für Ortsbürgermeister und für Ortsvorsteher. Sie sollen verlangen können, dass ein Anliegen nochmals beraten und beschlossen werden muss (Zweitbeschlussverlangen), wenn es an dem Beschluss sachlich begründete Kritik gibt.

Mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, soll bei der Haushaltsaufstellung und der Haushaltsführung das Prinzip der geschlechtergerechten Budgetgestaltung Anwendung finden (Gender Budgeting).

Werden Gebühren oder Beiträge erhoben, so sollen in Zukunft gegenüber den Abgabepflichtigen die Kalkulationsgrundlagen offengelegt werden, soweit sie Gegenstand der Beschlussfassung nach § 45 Abs. 2 Nr. 6 sind.

Mehr Haushaltstransparenz und direkte Beteiligung der Einwohner. Bevor die Vertretung abschließend über die Haushaltssatzung entscheidet, sollen Beteiligungsverfahren Anwendung finden, in denen Einwohner Vorschläge zum Einsatz frei verwendbarer Haushaltsmittel erarbeiten können (Bürgerhaushalt). Zukünftig sollen die Vertreter der Kommunen in kommunalen Beteiligungen und Zweckverbänden die Vertretung über alle wichtigen Angelegenheiten des Unternehmens möglichst frühzeitig unterrichten, soweit keine schutzwürdigen Interessen des Unternehmens oder Dritter verletzt werden. Ihre Kompetenz gilt es

auszuweiten. Regelmäßige und durch die Kommunen zu finanzierende Weiterbildungen sollen zukünftig dafür sorgen, dass sie auf Augenhöhe mit dem hauptamtlichen Teil der Verwaltung und den Verantwortlichen der kommunalen Beteiligungen und Zweckverbände handeln können.

Die Vertretungen der kommunalen Gebietskörperschaften sollen zukünftig aus ihrer Mitte einen Vertreter zum Mitglied der Verbandsversammlung wählen und dessen Sachkunde gewährleisten. Diese Neuregelung setzt neue Maßstäbe für die Nominierung und die Wahl der Vertreter und nimmt die Vertretung hinsichtlich der Sachkunde der Vertreter in die Pflicht. Letzteres bedeutet, dass die Vertretung notwendige

Weiterbildungskosten einschließlich der erforderlichen Fahrkosten zu übernehmen hat.

Nach Aussage von Minister Stahlknecht (CDU) strebt die Landesregierung an, ihre KVG-Gesetzesnovelle in diesem Sommer zu verabschieden. Entschiedene Kritik übt die Fraktion DIE LINKE gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung. Im Schlepptau der Verbesserung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten besteht die Gefahr, dass sich die Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung durch Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht (§ 98 ff.) verschlechtern. Hier teilen wir den Widerspruch der kommunalen Spitzenverbände.

„Das Leben darf nicht nur um die Arbeit kreisen“

Interview mit Bernd Riexinger

Sie fordern ein neues Normalarbeitsverhältnis. Was verbirgt sich dahinter?

Bernd Riexinger: Heutzutage wird der Arbeitsalltag viel zu vieler Beschäftigter geprägt von Niedriglöhnen und Dauerstress. Wir wollen die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße stellen. Normal muss sein, was den Menschen dient, nicht was dem Profit der Unternehmen nutzt: Löhne, die für ein gutes Leben reichen, sichere Arbeit statt Befristungen und Leiharbeit, kürzere Arbeitszeiten statt Dauerstress.

Im Jahr 2016 haben die Beschäftigten in Deutschland rund 1,7 Milliarden Überstunden geleistet, den größten Teil davon unbezahlt. Wie wollen Sie das ändern? Die Wochenhöchst Arbeitszeit muss auf 40 Stunden gesenkt und die Mitbestimmung der Beschäftigten gestärkt werden, so dass mehr Personal eingestellt wird. Denn Dauerstress macht immer mehr Menschen krank. Aber unser Ansatz ist radikaler.

Inwiefern?

Wir wollen Arbeit gerecht verteilen. Aktuell sind über drei Millionen Menschen zu Arbeitslosigkeit verdammt,

während andere Berge von Überstunden auf türmen. Egal ob Blaumann oder Krankenhauskittel, ob mit Wischmopp oder Laptop, sinnvoll wäre eine Wochenarbeitszeit von rund 30 Stunden. Das Ziel sind Arbeitszeiten, die mit der jeweiligen Lebensphase harmonieren, etwa wenn Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt werden.

Aber bereits heute haben 40 Prozent der Beschäftigten weniger Einkommen als vor 15 Jahren. Wie kommen sie zukünftig sie über die Runden?

Wir kämpfen für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und für einen Mindestlohn von 12 Euro. Das Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge gehört verboten, Tarifverträge müssen für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Und Minijobs sollen durch sozial abgesicherte und unbefristete Arbeitsverträge mit 20 bis 30 Wochenstunden ersetzt werden. Davon würden auch alle Frauen profitieren, die gegenwärtig in Minijobs abgedrängt werden.

Interview: Ruben Lehnert

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Gemeinsam Druck machen

Bei einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. April 2018 in Berlin werden Aktive aus Betrieben, Gewerkschaften und aus der Partei DIE LINKE diskutieren, wie dem Kampf um höhere Löhne, sichere Arbeit, mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und gerechte Verteilung der Arbeit Schwung verliehen werden kann. Mach mit bei der Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis!

Mehr Infos und Anmeldung:

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/WVXIR/initiative-fuer-ein-neues-normalarbeitsverhaeltnis/

Am 06.04.2018 nahmen wir gemeinsam mit dem Bruder und weiterer Verwandtschaft, mit Freunden und mit vielen Genossinnen und Genossen aus unserem Landes- und Stadtverband Abschied von unserem Genossen Siegfried Schulze. Unter anderem erwiesen die Landrätin des Mansfeld-Südharzkreises, Dr. Angelika Klein und Swen Knöchel, MdL sowie die Vorsitzende unseres Stadtverbandes, Marianne Böttcher, ihm die letzte Ehre. Besonderer Dank gebührt Manfred Humprecht, der die Trauerrede hielt. Unser Mitgefühl gilt der Familie von Siegfried Schulze.

EINLADUNG

Regionalkonferenz Region Südliches Sachsen-Anhalt



Mittwoch, 11. April 2018 – 17.00 Uhr

Ständehaus, Elisabeth-Schumann-Saal,
Oberaltenburg 2, 06217 Merseburg

Gemeinsam mit den jeweiligen Kreis- und Stadtverbänden laden wir zu Regionalkonferenzen in fünf Regionen des Landesverbandes ein, um uns mit Euch über die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl 2019 auszutauschen und über politische Projekte und Schwerpunkte zu diskutieren.

www.dielinke-sachsen-anhalt.de

Post von Lene

Hallo, liebe Linke und Linksdenkende, ich hoffe, auch ihr habt wie wir ein schönes Osterfest mit fröhlichem Ostereiersuchen gehabt. Bei uns wurde das, weil auch zum Glück das Wetter mitgespielt hat, im Garten meiner Großeltern gestartet. Bunte Ostereier, Schokohasen und so habe ich alle gefunden. Sogar das Nestversteck auf dem Kirschbaum mit einem tollen Spielekasten habe ich erspäht. Also Leiter rauf und runtergeholt. Anschließend vertilgten wir Mamas Quarktorte. Nun sind die Ferien rum und die Schule hat mich wieder. Stöhn, stöhn! Mal sehen, wie es dort weitergeht. Hoffentlich hat die Grippe nicht so viele erwischt. Meine Familie und meine beiden Kumpel zum Glück nicht.

Nun muss ich noch erzählen, warum ich politisch so richtig happy war. Stellt euch vor, da haben die Schülerinnen und Schüler der Schule in Florida eine riesengroße Wahnsinnsdemo vor dem Regierungshaus von dem blöden Trump, auch Weißes Haus genannt, organisiert. Sie wollten es sich einfach nicht gefallen lassen, dass Trump weiterhin zulässt, dass jeder Jugendliche ab 18 Jahren sich einfach eine Pistole oder sogar ne MP kaufen kann, mit der er einfach in der Schule rumballert und Kinder und Lehrer erschießt, wenn er Wut auf irgendwen hat. Ich hoffe, dass noch mehr solcher Demos zustande kommen, denn die Waffenlobby in den USA zieht hinter den Kulissen weiterhin die Fäden und sie hat auch dem Trump die nötige Knete für seinen Wahlkampf geliefert, damit er Präsident werden kann. Das habe ich auf Nachfrage von meinen Eltern erfahren. Übrigens soll er sich schnell aus dem Weißen Haus verdrückt haben, als die Riesendemo war. Da soll er gerade zum Golfspielen geflogen sein. Das war ihm anscheinend wichtiger oder er war feige. Dann habe ich noch erfahren, dass der Trump die Angewohnheit hat, diejenigen Minister rauszukanteln, die nicht nach seiner Pfeife tanzen. Mal der, mal der! So einfach geht das da. Ich sage doch - der Mann ist ein gefährliches Politikungeheuer. Findet ihr nicht auch? Nun beschäftigt mich natürlich, wie euch sicher auch, so einiges, was bei uns Politisches passiert. Die Groko haben wir ja nun mal wieder. Ich habe erlauscht, dass die SPD gespalten war, ob ja oder nein. Und sie haben bei ihren Mitgliedern deshalb eine Art Befragung gestartet, ob sie das machen sollen. Die Mehrheit war leider

dafür. Vor allem die jungen Leute in der SPD, auch Jusos genannt, wollten das nicht. Aber sie wurden überstimmt. Vorher hatten die CDU und ihr bayrischer Teil, der sich CSU nennt, mit der SPD einen Vertrag, auch Koalitionsvertrag genannt, ausgehandelt. Da steht, habe ich erfahren, z. B. drin, dass Deutschland keine Waffen an gefährliche Kriegsländer wie Türkei oder andere liefern wird. Das war eine SPD-Bedingung. Und stellt euch vor, die liefern trotzdem Waffen dort hin! Und zwar jede Menge. Aber hallo! Das ist ja doch eigentlich richtig Vertragsbruch oder? Und jetzt kommt's: Die erklären doch tatsächlich auf Nachfrage der Linken, Waffenlieferungen müssen sein, weil die Vorgängerregierung diese Verträge noch abgeschlossen hätte und diese Verträge müssten erfüllt werden. Das verstehe ich nicht richtig. War die SPD nicht auch in der Vorgängerregierung?



Dazu habe ich Oma befragt. Tja, sagte sie, der damalige SPD-Chef namens Gabriel hatte einst vor der Wahl auch verkündet, mit ihm und der SPD würden die Rüstungslieferungen halbiert. Dann wurden sie sogar verdoppelt! Die Begründung damals wie heute. Das hat noch die Vorgängerregierung ausgehandelt. Deshalb muss Deutschland die Verträge einhalten. Aber hallo! Diesmal war doch die SPD in der Vorgängerregierung drin. Da muss sie dem Waffenlieferungsvertrag dann doch wohl zugestimmt haben Oder? Opa meint, die SPD hat damit wohl ein „Glaubwürdigkeitsproblem“, da braucht sie sich nicht zu wundern, wenn sie immer weniger Menschen wählen.

Tschüss Eure Lene

Senioren-Café am 25.04. ab 14:30 Uhr
Stadtrundgang

mit Dr. Sigrid Lange: „Hier spielt die Musik“!

Auf den Spuren berühmter halleischer
Komponisten und Musiker

Treff: Marktkirche, am Lutherrelief

Aus dem Begegnungs- und Beratungszentrum „lebensart“ e.V. Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität

Liebe Freund*innen, sehr geehrte Menschen, der April ist bei uns wieder prall gefüllt mit Arbeit. Neben vielen Veranstaltungen mit Schulklassen, Projekten, Beratungen und Gruppentreffen beschäftigt uns auch die Vorbereitung zweier öffentlicher Höhepunkte: der Internationale Tag gegen Homo-, Inter- und Transphobie am 17. Mai (15:30-17:30 Uhr, Marktplatz Halle, 17:05 Uhr Rainbowflash) und der Christopher Street Day 2018. Zu unserem Frühjahrsempfang am 13. April werden wir zu den Aktivitäten unseres Vereins und Fachzentrums Auskunft geben und Danke für das vielfältige Engagement sagen. Viele Grüße vom Vorstand und Team des BBZ „lebensart“ e. V.

Motto des CSD Halle (Saale) 2018: Auf den Weg! Von Rechtsgleichheit zur Akzeptanz

Das diesjährige Motto soll eine Aufforderung sein, nicht nachzulassen im Engagement für die Anerkennung von geschlechtlich-sexueller Vielfalt.

Es verweist darauf, dass die Öffnung der Ehe für alle, die Rehabilitierung der Opfer der §§ 175 und 151 sowie das BVG-Urteil zum Geschlechtseintrag für intergeschlechtliche Menschen nicht das Ende von Diskriminierungen und Benachteiligungen bedeuten. Aktuelle Studien wie auch unsere Erfahrungen aus der alltäglichen Praxis belegen, dass wir noch längst nicht in einer Gesellschaft leben, in der Jede*r ohne Angst verschieden sein kann. Zudem gibt es auch im rechtlichen Bereich bedeutende Dinge, in denen weiterhin Benachteiligungen bestehen - wie die Ergänzung des Grundgesetzes um einen Diskriminierungsschutz in Bezug auf die geschlechtlich-sexuelle Identität oder eine Rechtsreform für transgeschlechtliche Menschen. Das CSD-Straßenfest findet am Sonnabend, 8. September 2018 von 14 bis 20 Uhr auf dem Marktplatz statt.

Auch die Planung und Organisation der CSD-Workshops sind angelaufen. Wer zum CSD etwas anbieten, mitwirken bzw. sich engagieren möchte, melde sich bitte bei uns.

„Free Lunch Society - Komm Komm Grundeinkommen“

Was würdet Ihr tun, wenn für Euren Lebensunterhalt gesorgt wäre? Das Bedingungslose Grundeinkommen galt vor wenigen Jahren noch als Hirngespinnst. Heute ist diese Utopie denkbarer denn je - intensiv diskutiert in allen politischen und wissenschaftlichen Lagern.

Am 4. April 2018 fand im Puschkino in Halle die Filmvorführung „Free Lunch Society - Komm Komm Grundeinkommen“ statt. Das ist der weltweit erste Kinofilm über das Grundeinkommen und widmet sich thematisch somit einer der entscheidendsten Fragen unserer Zeit. Er vermittelte Hintergrundwissen zu dieser Idee und nahm uns auf eine große Reise mit.

Der Stadtverband Halle hat die Veranstaltung unterstützt und zahlreiche Genoss*innen erschienen dann auch zur Film Premiere. Das Kino war so gut besucht, dass sich einzelne Interessierte sogar nur mit einem Stehplatz begnügen mussten.

Im Anschluss nahm ich für den Stadtvorstand an einer Podiumsdiskussion zum Thema Grundeinkommen teil. Solveig Feldmeier und Richard Schmidt moderierten die Runde. Mit dabei waren Vertreter*innen von verschiedenen Parteien und Initiativen u.a. von Attac Halle, Demokratie in Bewegung Sachsen-Anhalt und dem Bündnis Grundeinkommen.

Es war eine anregende, offene und konstruktive Diskussionsrunde und ich habe den positiven Eindruck, dass das Thema immer populärer wird. Aus diesem Grund bin ich nun auch Mitglied bei unserer Bundesarbeitsgemeinschaft BAG Grundeinkommen von DIE LINKE. Doch auch hier in Halle werden wir künftig (überparteilich) enger zusammenarbeiten.

Übrigens: Jede*r kann mitmachen und weitere Infos zum Grundeinkommen findet Ihr im Netz unter <https://www.die-linke-grundeinkommen.de> oder Ihr meldet Euch bei Stefan.Schaefer@dielinke-halle.de



Das Bedingungslose Grundeinkommen (3. Teil)

In den vorangegangenen Artikeln des Linken Blattes haben wir über die Notwendigkeit und die Vorstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der Linken berichtet.

Es stellt sich nun die Frage: Wann und wie geht man den Weg zum Bedingungslosen Grundeinkommen? Jedem Bürger muss klar sein: Von heute auf morgen kann man das Bedingungslosen Grundeinkommen nicht einführen! Es kann nur in Etappen erfolgen. In den Köpfen der Menschen müssen die Notwendigkeit der Veränderung ankommen und Ängste genommen werden. Es muss klar sein, dass durch solche Maßnahmen die Konflikte in der Gesellschaft, auch Kriminalität und Armut, abgebaut werden können. Dies ist ein Weg, der nicht in 10 Jahren durchschritten werden kann. Der Zeitraum einer Umsetzung wird auch deswegen nicht kurz sein, weil es Auseinandersetzungen mit den Menschen geben wird, die von der Armut anderer bisher profitieren oder überdurchschnittliche Einkommen ihr eigen nennen. Höhere Steuern haben stets Widerstand der Wohlhabenden hervorgerufen, weil diese dem Gedanken verfallen sind, dass gerade sie überdurchschnittliches für die Gesellschaft leisten.

Betrachten wir deshalb im Vorfeld bereits laufende Versuche, die als erste Schritte oder Stufen zum bedingungslosen Grundeinkommen zu betrachten sind. Das erste Beispiel kommt aus Kenia.¹⁾

In Kenia plante die Hilfsorganisation GiveDirectly einen großen Test zum Grundeinkommen.

„Insgesamt werden 26.000 Menschen im Rahmen des Feldversuchs von GiveDirectly Transferleistungen bekommen“, sagt Caroline Teti von GiveDirectly zu „perspective-daily.de“. Bis zu zwölf Jahre lang sollen die Versuchsteilnehmer ein Grundeinkommen beziehen. Das Projekt wird eng von Forschern begleitet, die empirisch das Phänomen des Grundeinkommens untersuchen wollen. Mehr als 30 Millionen Euro wird das Experiment kosten, so ein sehr detaillierter Bericht auf „perspective-daily.de“. Die ersten Versuchsteilnehmer erhalten nun seit Oktober 2016 Geld. Zufällig wurde der kleine Ort Makanga im Westen Kenias ausgewählt. Dort bekommen knapp 100 Erwachsene - und somit fast das ganze Dorf - das Grundeinkommen ausgezahlt. In Kenia orientiert sich der monatliche Betrag an der Armutsgrenze. 22 Dol-

lar bekommen die Dorfbewohner monatlich, die Armutsschwelle für Kenia liegt bei 20 Dollar. Rund 45 Prozent der Kenianer haben weniger im Monat zur Verfügung. Die Organisation GiveDirectly warnt davor, die kurzfristigen Erfahrungen mit dem Grundeinkommen in Kenia zu verallgemeinern - allerdings kann schon nach wenigen Monaten einiges beobachtet werden.

Zum Beispiel, wofür die Menschen das Geld ausgeben: Die Menschen finanzieren mit dem Grundeinkommen ganz Alltägliches, wie Rechnungen, Schulgeld, den Kauf von Lebensmitteln oder Medikamenten. Hunger war in Makanga zuvor durch Dürren ein großes Problem. Lebensmittel waren immer knapp, die Bauern leben von dem, was die Felder hergaben. Einige Verwandte, meist die Kinder oder Väter, sind in die Städte abgewandert, um dort Geld zu verdienen und einen Teil davon in die Heimat zu schicken. Auf diese Zahlungen sind die Dorfbewohner nicht mehr angewiesen. Und selbst wenn das Geld mal knapp wird, bekommen sie in Geschäften einen Kredit, um Lebensmittel zu kaufen. Das Grundeinkommen macht sie zu solventen Kunden. Schulgeld wird ebenfalls vom Grundeinkommen finanziert. Viele Kinder und Jugendliche hätten ohne dieses Extra-Geld keine Schule besuchen können. Auch gespart wird - gerade für größere Anschaffungen, die ansonsten nie finanziert werden können. Schon vor dem Grundeinkommen habe es einen Sparclub in dem Dorf gegeben, berichtet „perspective-daily.de“. Nun seien es sechs. So spart einer der Bauern auf zwei Ochsen. Derzeit müsse er sich immer einen teuren Traktor ausleihen. Künftig könne er die Ochsen auf dem Feld einsetzen und sie zusätzlich noch an andere Bauern ausleihen. Einige Empfänger des Grundeinkommens nutzen das Geld, um ein Unternehmen aufzubauen oder um den Betrieb am Leben zu halten. So musste eine Fischzucht im Victoriasee nun doch nicht geschlossen werden - die Arbeitsplätze blieben erhalten. Ein großes Fragezeichen stand hinter der Frage, wie Menschen, die nie über ein eigenes, regelmäßiges Gehalt verfügt haben, mit diesem Geldsegen umgehen würden. Die ersten Monate in Makanga zeigen, dass die Menschen mit Bedacht agieren. Die Menschen sind nicht fauler geworden, nur weil ihr Auskommen nun gedeckt ist. Zudem sei Diebstahl, meistens von Lebens-

mitteln in Zeiten des Hungers, zurückgegangen. Die Bewohner des Dorfes beratschlagen nun gemeinsam, wie sie ihr Geld am klügsten verwenden. Und das Pilotprojekt zeigt, dass die klassische Entwicklungshilfe deutlich unmündiger macht als die Zahlung eines Grundgehalts. Denn bei ersterem entscheidet der Spender, wofür das Geld ausgegeben wird - unabhängig davon, ob die Anschaffung überhaupt benötigt wird. Außerdem war Entwicklungshilfe bislang wenig verlässlich für die Menschen. „Es war immer schwer vorhersehbar, ob und wieviel Hilfe kommt. Vielleicht brauchst du 3 Kilo Mais, die Hilfsorganisation lieferte aber 2 oder 4“, so eine der älteren Frauen aus dem Dorf.

Finnland

Kosten für die Verwaltung senken und die Bürger zufriedener machen – es sind große Ziele, die sich Marjukka Turunen gesetzt hat. Sie leitet das Projekt des bedingungslosen Grundeinkommens bei der finnischen Sozialversicherungsanstalt.

Das Grundeinkommen in Finnland funktioniert so: Seit dem 1. Januar 2017 bekommen 2.000 zufällig ausgeloste Arbeitslose 560 Euro im Monat. Dieses Geld ersetzt das Arbeitslosengeld, das Krankengeld und das Elterngeld. Zusätzlich erhalten die ausgewählten Arbeitslosen Geld für ihre Sozialversicherung. So will der Staat den bürokratischen Aufwand mindern. Kritiker bemängeln, dass mit dem Geld die Arbeitsmotivation und die Leistungsbereitschaft sinken könnten. Denn wozu einen Job suchen, wenn jeden Monat 560 Euro aufs Konto fließen?

In Finnland sind 560 Euro aber nicht wirklich viel. In einem Land, wo eine Dose Bier 2,33 Euro kostet, kommt man mit 560 Euro nicht weit.

Und genau das ist auch der Sinn des Grundeinkommens. Es soll gerade nicht genug zum Leben sein. „Wir haben versucht, einen Betrag zu finden, der Menschen animiert, einen Job zu suchen – und nicht zu Hause zu bleiben und nichts zu tun“, sagte Projektleiterin Turunen dem finnischen Fernsehsender Kera News. Hier liegt eine weitere Stärke des Grundeinkommens. Die, die es beziehen, können einen Nebenjob antreten und erhalten weiterhin die 560 Euro.

Momentan läuft es so: Finnen, die Arbeitslosengeld bekommen und halbtags arbeiten, haben wegen der hohen Steuern am Ende des Monats weniger Geld, als wenn sie gar nicht arbeiten würden. Das hält sie davon

Basistreffen BO Riebeckplatz - Hofjäger am 11. April ab 16 Uhr

im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Straße 44: Gesprächsrunde mit Landeschatzmeister Dr. Achim Bittrich über den Aktionsplan Ost der LINKEN und andere aktuelle Probleme

- Gäste sind herzlich willkommen!-

ab, einen Nebenjob zu suchen.²⁾

Das Grundeinkommen müsse nicht versteuert werden, auch wenn man 4000 Euro im Monat dazu verdiene. „Wir denken, das könnte ein großer Anreiz sein, wenigstens einen Halbtagsjob anzunehmen“, sagt die Projektleiterin.³⁾

Die dritte Stärke des Grundeinkommens in Finnland ist: Der Stress-Level der Menschen sinkt. Sie müssen nicht schnellstmöglich einen Job finden, um wenigstens so viel Geld zu verdienen, dass es zum Überleben reicht. Mit dem Grundeinkommen und etwas Erspartem können sich die Finnen eine Zeit lang über Wasser halten und in Ruhe eine Arbeit suchen, die zu ihnen passt. Bei Projektleiterin Turunen melden sich bereits die ersten Teilnehmer des Versuchs, die sich mit dem Grundeinkommen deutlich entspannter fühlen. Eine Frau zum Beispiel, die derzeit nicht arbeiten kann, weil sie sich um ihre hilfsbedürftigen Eltern kümmern will, berichtet davon, dass sie nicht mehr Angst davor hat, das Telefon abzunehmen. Als sie noch Arbeitslosengeld erhielt, hatte sie immer befürchtet, dass das Arbeitsamt anrufen könnte und sie dazu auffordert, sich für eine Stelle zu bewerben.²⁾

Außerdem solle mit dem Grundeinkommen Bürokratie abgebaut werden. Wer jetzt arbeitslos ist, müsse ständig Formulare ausfüllen und Anträge stellen.

Das sei bei dem Grundeinkommen nicht notwendig. „Außerdem gibt es den Menschen finanzielle Sicherheit“, sagt Turunen. „Sie können sich darauf verlassen, dass das Geld pünktlich kommt. Was sie damit machen, ist ihre Sache.“ Die Behörden haben nicht vor, das Tun der Probanden zu überwachen. Das würde das Testergebnis beeinflussen.³⁾

Fortsetzung folgt!

S. & B.W.

1) www.stern.de/wirtschaft vom 01.09.2017

2) Handelsblatt vom 12.05.2017

3) www.faz.net/aktuell/wirtschaft vom 28.12.2016

Ein Blick in die Marx-Familie

(aus naheliegender Grund: 5. Mai 2018):

Nach wie vor geht die nachhaltigste Erziehung und Bildung von den Familien aus, im positiven wie im negativen Sinne, kommt drauf an, wie die Eltern ihre Kinder in das familiäre Leben einzubinden verstehen. Wie man das machen könnte, will ich einmal mit einem neugierigen Blick in die Marx-Familie wagen. Jeder kann seine eigenen Schlüsse daraus ziehen, denn Marxens Lieblingsspruch lautete: „De omnibus dubitandum est!“ (An allem ist zu zweifeln!)

Paul Lafargue (französischer Sozialist, 1842 – 1911), Ehemann von Marxens (mittlerer) Tochter Laura schilderte eine der Eigenschaften seines Schwiegervaters so: „Die Kinder müssen die Eltern erziehen“, pflegte er zu sagen. Nie hat sich in dem Verhältnis zwischen ihm und seinen Töchtern, welche ihn ungemein liebten, auch nur ein Schatten väterlicher Autorität geltend gemacht. Er befahl ihnen nie, sondern bat sie um das Gewünschte wie um eine Gefälligkeit oder er legte ihnen nahe, das zu unterlassen, was er verbieten wollte. Und doch dürfte kein Vater mehr Gehör gefunden haben als er. Seine Töchter betrachteten ihn als ihren Freund und gingen mit ihm wie mit einem Kameraden um; sie nannten ihn nicht Vater, sondern „Mohr“, ein Spitzname, den er wegen seines brünetten Teints und seines ebenholz-schwarzen Haupt- und Barthaars erhalten hatte.“

In den „Losen Blättern“ von Eleanor Marx-Aveling wird Vater Marx als gutherzig, geduldig, lustig und fröhlich beschrieben. Da denkt man auch an die erheiternde Vorstellung eines Gelehrten als Hühnpferd, der seine drei Kinder in Sesseln hinter sich herziehend durchs Zimmer oder als Reitpferd mit Eleanor auf den Schultern durch den Garten und die umliegenden Felder galoppiert. Mohr war auch ein beeindruckender Geschichtenerzähler während der Spaziergänge mit seinen Kindern. Da seine Geschichten immer sehr lang ausfielen, lautete die Bitte der Kinder: „Erzähle uns noch eine Meile!“ Die Geschichte von Hans Röckle – in der Art der Märchen von E. T. A. Hoffmann erzählt –, einem Zauberer, der ständig in Geldnöten war, dauerte viele Monate. Eleanor bewunderte den unerschöpflichen Schatz und Humor in diesen Erzählungen. Aber er las seinen Kindern auch vor: Nicht nur Märchen aus „Tausendundeiner Nacht“, sondern auch Homer, Shakespeare, aus „Don Quichote“, dem

„Nibelungenlied“. Marx kannte die „schöne Literatur“ seiner Zeit sehr gut. Über viele Bücher sprach er mit seinen Kindern und zeigte ihnen die schönsten Stellen. So lehrte er sie denken, verstehen und das Schöne zu empfinden. Ähnlich sprach er mit ihnen auch über politische und religiöse Themen. Nachdem er Eleanor über die historische Rolle des Christentums aufgeklärt hatte, sagte er: „Trotz alledem, wir können dem Christentum viel verzeihen, denn es hat gelehrt, die Kinder zu lieben.“ Im Umgang mit Kindern zeigte er, wie es geht: Mit einem fremden Zehnjährigen tauschte er die Taschenmesser; er machte einen schlechten Tausch, der ihn aber sehr erheiterte. Ein anderes Mal warfer mit seinen und anderen Kindern Kastanien von den Bäumen, was seinem Arm überhaupt nicht bekam. – Liebe zu den Kindern, ein Gradmesser für deren weltweite Erlösung aus Armut und Krieg!?

Mit sechs bekam Eleanor die ersten Romane geschenkt. Marx sprach mit ihr über deren Inhalt. In dieser Zeit schrieb Eleanor oft Briefe an Abraham Lincoln, weil sie meinte, dem amerikanischen Präsidenten Ratschläge geben zu müssen. Marx musste die Briefe lesen und zur Post tragen. Viele Jahre später zeigte er ihr die Briefe, die er so amüsant gefunden und deshalb so lange aufbewahrt hatte. Bis hierhin wird deutlich, wie sehr sich Vater Marx an der Erziehung und Bildung seiner Kinder beteiligte und insofern eine wertvolle Ergänzung zur Tätigkeit des „Familienoberhauptes“ Jenny war, die hier in einem Zitat aus einem Brief an Luise Weydemeyer (Ehefrau des deutschen und nordamerikanischen Arbeiterführers Joseph Weydemeyers, 1818 – 1866) die ganze Palette der erzieherischen Aufgaben in der Familie Marx deutlich macht:

„In der Schule haben sie stets die ersten Preise davongetragen. Im Englischen sind sie ganz zu Hause, auch Französisch wissen sie ziemlich viel. Im Italienischen verstehen sie den Dante, ebenso lesen sie etwas Spanisch; nur mit dem Deutschen hapert's sehr, und obgleich ich mir alle ersinnliche Mühe gebe, ihnen dann und wann eine deutsche Stunde abzuringen, so parieren sie doch nie recht Order, und mit meiner Autorität wie ihrem Respekt ist es auch gerade nicht weit her. Jenny hat zum Zeichnen besonderes Talent und der beste Schmuck unserer Stuben sind ihre

Crayonzeichnungen. Laura war sonachlässig im Zeichnen, daß wir ihr den Unterricht entzogen haben. Dagegen übt sie fleißig auf dem Klavier und singt mit ihrer Schwester recht anmutig deutsche und englische Duette. Leider konnten die Mädchen den Musikunterricht erst sehr spät, vor anderthalb Jahren ungefähr, beginnen. Es ging über unsere Kräfte, das Geld hierfür zu erschwingen, auch hatten wir kein Klavier, und unser jetziges, das ich nur gemietet habe, ist auch ein

wahrer Rumpelkasten. Die Mädchen machen uns durch ihr liebes, bescheidenes Wesen viel Freude. Ihr jüngeres Schwesterchen aber ist der Abgott und Verzug des ganzen Hauses.“

Ohne pädagogischen Zeigefinger: Es lässt sich schon einiges aus diesem kurzen Blick in die Familie Marx für die heutige und künftige Kinder- und Elternbildung ableiten!

Lothar Waide

Eine längst überfällige Ehrung – eine Gedenktafel für das Ehepaar Koch

Seit dem Vormittag des 4. April 2018 hängt über dem Eingang zum Haus in der Schmeerstr. Nr. 5 eine Gedenktafel für das Ehepaar Koch.



Diese Tafel wollen wir am **SONNABEND, 21. APRIL 2017, 16:30 Uhr**, öffentlich einweihen. Wir bitten um Vormerkung.

Im Anschluss um 17 Uhr, ist im Stadthaus am Marktplatz ein Zeitzeugengespräch mit Jochen Leibel geplant, dem damals versteckten Jungen, der zur Einweihung mit seiner Familie aus Frankreich anreisen wird.

Der Steinmetz Olaf Korgor hat die Tafel an der denkmalgeschützten Fassade fachgerecht angebracht. Bauherr ist die Stadt Halle, Fachbereich Kultur. Gestiftet wurde die Tafel von der Gemeinde der katholischen Pfarrei Carl Lambert, Gütchenstraße 21. Initiator des Gedenkens ist Jochen Leibel - mit Unterstützung des Vereins Zeit-Geschichte(n), der die Geschichte der Kochs, des versteckten Jungen und seiner Mutter in einer Broschüre dokumentiert hat und sie am 21. April 2018 öffentlich vorstellt.





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat April Geburtstag haben.



Die Redaktion Saalekreis...

... könnt ihr erreichen unter redaktion@dielinke-saalekreis.de. Gern diskutieren wir mit Euch über die aktuelle politische Lage und wir nehmen auch Anregungen für Themen auf. Habt ihr Beiträge zum Veröffentlichen? Dann schreibt uns ebenso unter der angegebenen Adresse.

Eure Redaktion Saalekreis

Vor 97 Jahren...

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen,

vor 97 Jahren gingen in Mitteldeutschland tausende Arbeiter auf die Straße, besetzten Fabriken wie die Leuna-Werke und setzten sich gegen Schupos zur Wehr: Sie glaubten, dass sie es für eine bessere und gerechtere Welt tun.

Für DIE LINKE gehören die Märzkämpfe in die Traditionslinie. Und sicherlich musste manch Korrektur an der Geschichtsschreibung und Einschätzung über diese Ereignisse vorgenommen werden.

Die politischen Verhältnisse in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, prekäre Lebensverhältnisse, eine sich immer mehr zuspitzende politische Lage, insbesondere nach dem Kapp-Putsch ein Jahr zuvor, hatten eine Streikbewegung in Gang gebracht, die auch erste soziale Verbesserungen erreichte. Und es kam zu einem Erstarren der Kommunistischen Partei, die bei den Wahlen zum Preußischen Landtag im Regierungsbezirk Merseburg ein Drittel der Wählerstimmen erreichen konnte. Dies war den Regierenden und Konzernherren nicht geheuer.

Dem Streikaufruf der Kommunistischen Partei am 17.

März 1921 folgten ab dem 21. März etwa 150.000 Arbeiter im Mansfelder Land, Leuna und Halle, rund 4.000 waren bewaffnet. Doch bereits am 19. März 1921 marschierten bewaffnete Polizeieinheiten im Mansfelder Land und in Schafstädt auf. Die Intention war deutlich: Es ging nicht um eine friedliche Aktion, sondern der bewaffnete Widerstand der Arbeiter sollte geradezu herausgefordert werden. Dabei hatten der preußische Innenminister Carl Severing und der Oberpräsident der Provinz Sach-

sen, Otto Hörsing, beide SPD, dem Drängen nachgegeben, etwas gegen die erstarkende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands zu unternehmen.

Doch anstatt besonnen zu reagieren, verfolgte die Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD zu dieser Zeit einen abenteuerlichen Kurs, überschätzte die eigene Kraft und rief zum Widerstand auf. Hinzu kam, dass Max Hoelz auftauchte, der durch seine verwegenen Aktionen 1918-1920 im Vogtland einen legendären Ruf erworben hatte, und die Schupo provozierte durch ihr Auftreten. Die Streikaktionen glitten dadurch in den bewaffneten Widerstand hinüber.

Am 23. März traten die Arbeiter in Leuna in den Streik und bereiteten sich auf die Verteidigung des Werkes vor.

Doch weder der Generalstreik noch die Kämpfe griffen auf ganz Deutschland über. Nur wenige, einige hunderttausend, solidarisierten sich mit den Streikaktionen. In der Folge wurden die Märzkämpfe Anfang April 1921 blutig niedergeschlagen. Mehr als 6.000 verhaftete Arbeiter, 4.500 von außerordentlichen Gerichten Verurteilte, davon erhielten 5 lebenslänglich, 450 erhielten langjährige Zuchthausstrafen.



Und über 250 – die genaue Zahl kennen wir bis heute nicht – verloren bei den Kämpfen ihr Leben.

Trotz des zum Scheitern verurteilten Kampfes ist es aus meiner Sicht wichtig, Erinnerung und Gedenken an diese Kämpfe wachzuhalten und die Lehren daraus zu ziehen. Die Toten mahnen uns, sorgfältig abzuwägen, wie wir heute Politik machen. Bewaffnete Konflikte weltweit, der Krieg an vielen Fronten in Syrien, die Ukraine, das verbale Aufrüsten gegeneinander, innen- wie außenpolitisch – dies alles hat mit Besonnenheit und dem unabdingbaren Willen, Konflikte friedlich zu lösen, nichts zu tun. Doch Krieg und Gewalt werden keines der aktuellen Menschheitsprobleme lösen. Gehen wir deshalb sorgsam mit unserer Geschichte um. Dies ist umso wichtiger, als

mit dem Erstarken rechter Kräfte in Europa viele Assoziationen zu den Jahren nach den Märzkämpfen in Deutschland wach werden. Besonnen agieren und Unterstützung bei allen demokratisch gesonnenen Kräften suchen, auch wenn nicht alle politischen Positionen geteilt werden, das ist derzeit eine der wichtigsten Aufgaben, um die Demokratie gegen Hass, Ausgrenzung und Diffamierung stark zu machen. Die Märzkämpfer haben für ihre Interessen und Ziele gekämpft und uns damit auch gelehrt: Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wie es Bertolt Brecht formulierte. Deshalb erheben wir unsere Stimme und kämpfen für eine friedliche, gerechtere und menschlichere Welt, im Sinne jener, derer wir heute hier gedenken.



V.i.S.d.P.: Alexander Sorge, DIE LINKE, Saalekreis, Bühlstraße 9, 06217 Merseburg

Ihr Bürgermeisterkandidat für Kabelsketal

Uwe Müller:
kommunal erfahren,
sozial und bürgernah.

www.dielinke-saalekreis.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 15. April 2018 wählen wir einen neuen Bürgermeister. Es ist an der Zeit, dass politische Veränderungen eintreten. Ich bin mit der Region Zeit meines Lebens eng verbunden. Für den Erhalt von Lebensqualität und Infrastruktur müssen richtungsweisende Entscheidungen getroffen werden. Dieser Aufgabe will ich mich stellen.

Meine Themenschwerpunkte sind die Stärkung der **Demokratie und Bürgerbeteiligung**, die **Ordnung und Sicherheit**, **Infrastruktur-entwicklung und Tourismus**, **der Breitbandausbau** sowie die **Stärkung unserer regionalen Wirtschaft**.

DIE LINKE.